

16. Juni 2009

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Carmen Gartelgruber, Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter

betreffend die Errichtung eines Präventionsfonds für Jugendgesundheit

Allein im Bundesland Tirol weisen rund 8.200 Kinder und Jugendliche dringend zu behandelnde psychische Störungen auf. Depressionen, Ängste, psychiatrische Störungen, Alkohol- und Drogenprobleme steigen ebenso: So ist Suizid bei den 10- bis 19-Jährigen die zweithäufigste Todesursache nach Unfällen. Schon 11.670 Fünf- bis Neunjährige erhielten 2007 in Österreich außerdem Stimmungsaufheller verordnet - 20 Prozent mehr als 2006. Für Zehn- bis 19-Jährigen gab es 71.000 Verschreibungen. Besonders eklatant ist die Situation von Jugendlichen aus wirtschaftlich schlechter stehenden Familien, die von Armut bedroht sind.

Nach einer EU-Statistik aus dem Jahr 2007 leiden 20% aller 8 bis 18-Jährigen an einer psychischen Erkrankung, 5% sind schwer erkrankt und brauchen eine Behandlung, 10% sind chronisch erkrankt. Auch Angststörungen (Schulangst, Sozialphobie) sind ein bedeutender Faktor: 10,4% weisen aggressiv-dissoziale Störungen, 7,5% depressive und hyperkinetische Störungen auf. Nur jeder 6. Schüler Österreichs bewertet seine subjektive Gesundheit mit „gut bis sehr gut“. Weiters brachte die Statistik zutage, dass 34% der 11-jährigen und 43% der 15-jährigen Burschen sowie 40% der 11-jährigen und 60% 15-jährigen Mädchen an Müdigkeit, Erschöpfung, Kopfschmerz etc. leiden.

Ebenfalls im Jahr 2007 haben die Jugendrotkreuz-Gesellschaften aus Deutschland, Schweiz, Luxemburg und Österreich gemeinsam eine Studie zur Jugendsituation in Auftrag gegeben. Diese „Delphi-Studie“ war Basis für eine zweijährige Kampagne unter dem Titel „Deine Stärken. Deine Zukunft. Ohne Druck“. Die Ergebnisse für Österreich waren zutiefst alarmierend: So fürchteten sich 52% der 6- bis 14-jährigen vor einem Sittlichkeitsverbrechen, 40% hatten große Angst vor der Zukunft. 71 % der Jugendlichen waren der Meinung, dass Aussehen in Zukunft wichtiger sein wird als Charakter. Drei Viertel gaben an, dass der größte Druck in ihrem Leben durch die Schule entsteht und die hohe Erwartungshaltung der Eltern sie massiv unter Druck setzt. Wird dieser Druck zu groß, reagieren Jugendliche häufig mit Aggression, Depression oder Rückzug vor der Außenwelt. Diese Phänomene können in Form von Koma-Trinken, Magersucht oder gewalttätigen Auseinandersetzungen täglich beobachtet werden.

Dabei ist festzustellen, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren an sich nicht untätig war: Im Rahmen der Gesundheit Österreich GmbH als nationale Kompetenzstelle für Gesundheitsförderung werden zahlreiche erfolgreiche Maßnahmen mit dem Ziel gesetzt, gesundheitliche Ungleichheit zu verringern und allgemeine Chancengleichheit in Bezug auf Gesundheit zu erreichen. So sind etwa das vierjährige Modellprojekt „Gehsteig“, das auf eine Dauer von drei Jahren angelegte Modellprojekt „Jugendgesundheitsförderung auf dem Lande“ in den Gemeinden der Mur-Mürzfurche zwischen Kammern und Kindberg sowie im

südlichen Grenzland zwischen Leibnitz und Bad Radkersburg, das Projekt „... und trotzdem gesund!“ für 500 Familien und die Suchtprävention im Bezirk Völkermarkt als wegweisend anzuführen.

Allerdings sind viele dieser Maßnahmen zum einen zeitlich befristet, zum anderen regional begrenzt. Eine österreichweite und nachhaltige Präventionsstrategie fehlt also. Auch die Zahl von Menschen insgesamt, insbesondere aber von Jugendlichen, die auf einen ansässigen Psychotherapeuten/Psychologen entfällt, differiert sehr, je nach Bundesland. Während Wien hier am besten dasteht, ist das Burgenland Schlusslicht. Dieser Zustand ist untragbar.

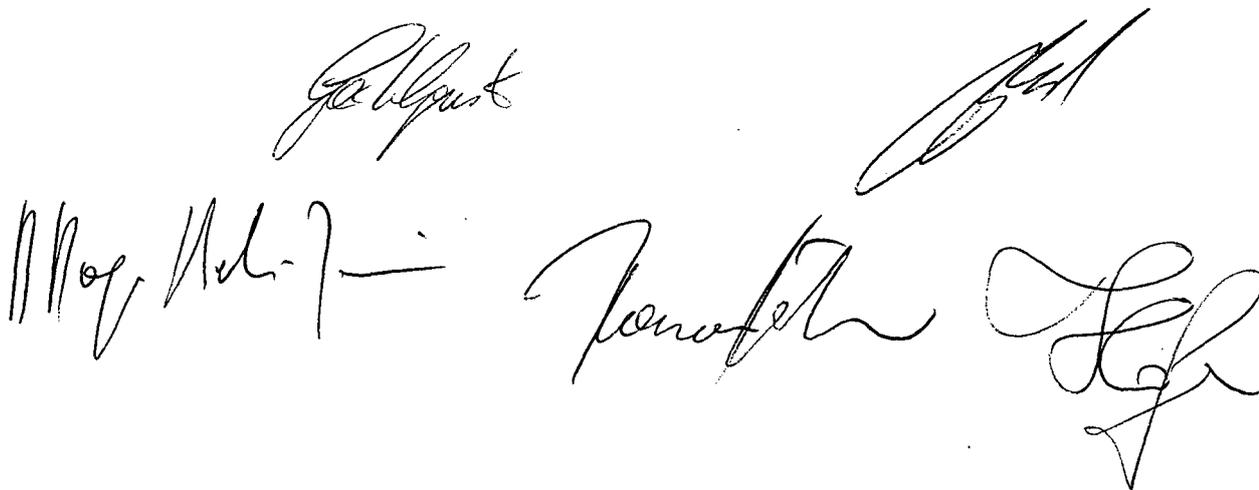
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Gesundheit wird ersucht, einen Präventionsfonds für Jugendgesundheit einzurichten. Dieser Fonds soll die nachhaltige und flächendeckende Bekämpfung insbesondere der gesundheitlichen Folgen von Armut durch die Konzeption, Finanzierung und begleitende Kontrolle von zielgruppenorientierten Maßnahmenprogrammen gewährleisten.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Gesundheitsausschuss ersucht.



Wien am
16. JUNI 2009